

# **Mitte machen!**

**Bezirkswahlprogramm  
GAL Hamburg-Mitte**

---

## Editorial

---

Liebe Wählerin, lieber Wähler,

am 24. Februar 2008 werden in Hamburg die Bürgerschaft als Land-  
esparlament und die sieben Bezirksversammlungen als Kommunalpar-  
lamente neu gewählt. Mit diesem Programm für die Wahl zur Bezirks-  
versammlung Hamburg-Mitte möchten wir – die GAL Hamburg-Mitte  
- Ihnen unsere Ideen für die sozial gerechte, ökologische und kreative  
Entwicklung unseres Bezirks, der Mitte der Freien und Hansestadt  
Hamburg, vorstellen.

In den vergangenen vier Jahren konnten wir als Partner in der rot-  
grünen Bezirkskoalition viele grüne Projekte starten und nicht wenige  
auch erfolgreich abschließen. Wir möchten weiterhin an der Gestal-  
tung unseres Bezirks mitwirken und werben deshalb um Ihre Stimmen  
am 24. Februar. Bei beiden Wahlen haben Sie erstmals jeweils eine  
Stimme für die Liste der GAL und fünf Stimmen für die GAL-Direkt-  
kandidatinnen und –kandidaten in den Wahlkreisen.

**Wir bitten Sie um zwölf Stimmen für die GAL!**



Dr. Karl-Heinz Karch

Vorsitzender der GAL Hamburg-Mitte

### Impressum

Herausgeberin: Bündnis 90/DIE GRÜNEN/GAL Hamburg, Kreisver-  
band Hamburg-Mitte, Curienstr. 1, 20095 Hamburg

V.i.S.d.P.: Dr. Karl-Heinz Karch, c/o GAL Mitte

Druck: Landesgeschäftsstelle, 100% Recyclingpapier

Beschluss der Kreismitgliederversammlung am 05.09.2007

<b>Das neue Hamburger Wahlrecht.....</b>	<b>4</b>
<b>Kreative Mitte.....</b>	<b>10</b>
Raum für Kreativität.....	11
Stadtteilkultur ausbauen.....	12
Musik in Mitte.....	12
Kreativität fördern.....	13
<b>Soziale Mitte.....</b>	<b>14</b>
Mehr Chancen in Mitte.....	14
In den Stadtteilen handeln.....	15
Aktive Wohnungspolitik.....	17
Kinder.....	18
Jugend.....	19
Aktives Wahlrecht ab 16 Jahren!.....	20
Schulen für die Stadtteile.....	20
Gesundheit.....	20
HIV und AIDS wirksam bekämpfen.....	21
<b>Lebensqualität in Mitte.....</b>	<b>22</b>
Wohnen im Grünen in der Stadt.....	23
Barrierefreiheit.....	24
Betreuung und Bildung sind Standortfaktoren.....	24
Lärmschutz ist Gesundheitsschutz.....	25
Förderung der Nahversorgung und der lokalen Wirtschaft.....	25
Kein Entsorgungspark Ost.....	27
Soziale Dienstleistungen.....	27
Zusammenleben.....	28
Schwule und Lesben in Mitte.....	28
Zusammenleben von Kulturen.....	29
Ein gewählter Ausländerausschuss in der Bezirksversammlung.....	29
<b>Mobile Mitte.....</b>	<b>31</b>
Platz für alle.....	31
Besser mobil – auch ohne Auto.....	33
Sprung über die Elbe.....	34
<b>Beteiligung in Mitte.....</b>	<b>35</b>
Selber aktiv werden.....	35
Junge Menschen gestalten ihre Umwelt.....	36
Mehr Beteiligung durch moderne Medien.....	37
<b>Was wir in den Stadtteilen vorhaben.....</b>	<b>39</b>
<b>Unsere Kandidatinnen und Kandidaten.....</b>	<b>46</b>

---

## Das neue Hamburger Wahlrecht

---

### **Liebe Hamburgerinnen und Hamburger,**

Erinnern Sie sich? Die Hamburgerinnen und Hamburger hatten sich im Sommer 2004 mit einem Volksentscheid ein neues Wahlrecht gegeben. Dadurch wurde der Einfluss der Wählenden erheblich gestärkt. Der wichtigste Punkt: Nach diesem neuen Volkswahlrecht hätten die Bürgerinnen und Bürger durch Direktwahl an Stelle der Parteien entscheiden dürfen, welche Personen in das Parlament gewählt werden.

Die CDU hat dann mit ihrer absoluten Mehrheit in der Bürgerschaft diesen Volksentscheid im Herbst 2006 wieder gekippt. Ergebnis ist nun ein kompliziertes Wahlrecht für Bürgerschafts- und Bezirksversammlungswahlen gleichzeitig, reduziert durch den von der CDU gekürzten Wählereinfluss.

Weil auf CDU-Beschluss nun Bürgerschafts- und Bezirksversammlungswahlen gemeinsam stattfinden, haben Sie als Wählerinnen und Wähler jetzt 4 statt 2 Stimmzettel auszufüllen.

Die wichtigste Neuerung ist aber geblieben, Hamburg wird als eines der letzten Bundesländer auch Wahlkreise einführen, in denen 71 der 121 Bürgerschaftsabgeordneten und 30 der 51 Bezirksabgeordneten zur Wahl stehen. Und erstmals können in einem Wahlkreis auch mehrere Personen gewählt werden. Das heißt: Auch grüne Kandidaten haben gute Chancen, ein Direktmandat zu erringen.

### **Landes- und Bezirksstimme entscheiden über die Mehrheit!**

Wie bisher auch, haben Sie für die Mehrheitsbestimmung in der Bürgerschaft und in Ihrer Bezirksversammlung Mitte jeweils 1 Stimme für die Parteien. Mit dieser Stimme entscheiden Sie darüber, wie viele grüne Abgeordnete in die Bürgerschaft und in die Bezirksversammlung einziehen werden.

## **2 x 5 Wahlkreisstimmen bestimmen über grüne Direktkandidatinnen und Direktkandidaten**

Der Bezirk Hamburg Mitte ist in zwei Wahlkreise eingeteilt, einmal den Wahlkreis Hamburg-Mitte mit den Stadtteilen Horn, Hamm, Borgfelde, St. Georg, Hammerbrook, Klostertor, Altstadt, Neustadt, Hafencity, St. Pauli und Neuwerk. Hier haben die Grünen gute Chancen, eines der fünf Wahlkreismandate zu gewinnen, es lohnt sich also im Wahlkreis Grün zu wählen.

Der Wahlkreis 2 umfasst die Stadtteile Billstedt, Billbrook, Veddel, Rothenburgsort, Wilhelmsburg und Finkenwerder. Hier sind die Chancen der Grünen gut, aber nicht sicher, eines der fünf Mandate zu gewinnen. Deswegen ist jede Stimme für die Grünen, auch eine Stimme gegen die CDU. Denn, sollten die Grünen ausreichend Stimmen durch Ihre Stimmabgabe erhalten, verliert die CDU dieses Mandat.

## **Handauszählung statt Digitalem Wahlstift**

Statt mit einem bisher unerprobten und nach Meinung vieler Experten unsicherem digitalen Wahlstiftsystem Ihre 4 Stimmzettel auszuzählen, hat sich die GAL dafür stark gemacht, dass die Stimmauszählung weiter per Hand erfolgt. Keine Sorge, noch am Wahlabend werden die Mehrheiten in der Bürgerschaft und in den Bezirksversammlungen wie bisher ausgezählt und feststehen. Die Wahlkreise werden dann von Montag an weiter ausgezählt.

---

## Mitte machen!

---

### **Beschluss der Kreismitgliederversammlung am 05.09.2007**

Mitte ist DAS Zentrum der Metropole Hamburg – all die Probleme und Potentiale einer Metropole treffen hier geballt zusammen. Hamburg Mitte ist ein Stadtteil der Vielfalt und zugleich ein Stadtteil der Gegensätze. Reich und Arm, Alt und Jung, Alteingesessenen und neu Zugezogen: Das alles findet sich hier.

Wir Grüne wollen diesen Bezirk lebenswerter, sozialer und kreativer machen. Wir wollen, dass Familien sich durch ein besseres Angebot an Spielplätze und Kindertagesstätten wohl fühlen. Wir wollen, dass Armut bekämpft und nicht, dass Arme verdrängt werden. Wir wollen die kreativen Potenziale des Bezirks stärken und ihn lebendiger machen. Wir wollen eine aktive Politik für Akzeptanz - von Schwulen, Lesben, Migrantinnen und Migranten und anderen Minderheiten.

Die GAL hat sich das Leitbild der "Kreativen Stadt" gegeben und richtet ihre Politik für Hamburg daran aus. Nur eine kreative Stadt, in der Toleranz ganz selbstverständlich geübt wird und in der alle Talente gefördert werden, kann sich den Herausforderungen der Zukunft erfolgreich stellen. Kreativität ist nicht auf die "klassischen" Bereiche von Bildung, Kunst und Kultur beschränkt, sie wird in allen Politikbereichen benötigt, denn sie ist Voraussetzung für intelligente Lösungen der Probleme, die Hamburg als Ganzes und den Bezirk Hamburg-Mitte im Besonderen herausfordern.

Herausforderungen und Entwicklungsmöglichkeiten gibt es an allen Ecken des Bezirks, und dafür brauchen wir kreative Lösungen:

- Die soziale Spaltung der Stadt ist in den letzten beiden Legislaturperioden, unter von Ole von Beust geführten Regierungen, größer geworden. 70 % der Fläche des Bezirks Hamburg-Mitte werden aus Stadtteilen mit besonderen sozialen Problemlagen gebildet. Gelder für die Kinder- und Jugendhilfe im Bezirk werden vom Senat weiter gekürzt, weil er angeblich "überversorgt" sei. Hiervon kann schon lange keine Rede mehr sein.

- In großen, bevölkerungsreichen Stadtteilen wie Mümmelmannsberg und Wilhelmsburg ist die Versorgung der Einwohnerinnen und Einwohner mit Gesundheitsdienstleistungen bedroht, weil immer mehr Ärztinnen und Ärzte diese Stadtteile verlassen und ihre Praxen in „wohlhabenderen“ Stadtteilen ansiedeln. Gerade hier müssen kreative Wege gefunden werden, dies so zu beeinflussen, dass die ärztliche Versorgung sichergestellt wird.
- In der Innenstadt wohnen nur sehr wenige Menschen, nach Ladenschluss ist wenig los. Gleichzeitig stehen viele Büroflächen ungenutzt leer. Durch eine Umnutzung dieser Flächen wollen wir wieder mehr Leben in die Innenstadt bringen.
- Die Elbinseln mit der Veddel und Wilhelmsburg, kann sich im Rahmen der Internationalen Bauausstellung 2013 und der Internationalen Gartenschau zum neuen - nicht nur geografischen - Zentrum der Stadt entwickeln, aber der unersättliche Flächenhunger des Hafens und die Planungen der Hafenuferspangen-Autobahn bedrohen die sich gerade entwickelnden Wohngebiete. Anstatt Wohngebiete zu entwickeln und ihnen eine Identität zu geben, werden sie durch sog. Leuchtturmprojekte wie die Hafenuferspange zerschnitten und die Wohnqualität sinkt.
- Zwischen Innenstadt und Hafenufer entsteht in Deutschlands größter Baustelle ein neuer Stadtteil, die HafenCity. Viele Chancen, die sich dort bieten, werden aber bisher nicht genutzt. Damit ein lebens- und liebenswerter Stadtteil entsteht, ist mehr nötig als mit dem linear gezogenen Straßen und würfelförmige Gebäude, auf deren Dächern dann die Spielplätze für die Kinder angelegt werden! Bei der Erschließung wird so einseitig auf das Auto gesetzt, dass eine attraktive Wegführung für Fußgängerinnen und Radfahrerinnen vom Jungfernstieg zur HafenCity von den Planern schon jetzt ad acta gelegt wird. Die geplanten Radwege in der HafenCity werden so gefährlich geplant, dass sogar die Polizei sie ablehnt! Hier wird vom CDU-Senat ein Betrag von 298 Mio. Euro für die teuerste aller Anbindungsmöglichkeiten - eine U-Bahn mit nur 2 Haltestellen - verbuddelt. Unser Alternativplan einer Stadtbahn (Straßenbahn) ist günstiger und attraktiver.

Hier werden zur Zeit Herausforderungen und Chancen durch den CDU-Senat vergeben und Probleme für die Zukunft geschaffen.

Hamburg-Mitte hat mit fast 290.000 Einwohnerinnen und Einwohnern und einer Fläche von 140 Quadratkilometern die Ausmaße einer Großstadt wie Karlsruhe oder Mannheim. Sein "Kommunalparlament", die Bezirksversammlung, und seine "Stadtregierung", das Bezirksamt, haben allerdings nicht die Möglichkeiten vergleichbarer Städte - alles was eigentlich "vor Ort" entschieden werden soll, kann der Senat an sich ziehen (evozieren), und das tut er oft.

Allerdings konnten auf Anregung der GAL bei der Stärkung der kommunalen Aufgaben gegenüber dem Senat viele Zuständigkeiten den Bezirken übertragen werden. Zukünftig sind für alle Straßen im Stadtgebiet mit Ausnahme der großen Verbindungsstraßen die Bezirke für Bau, Planung und Reparatur zuständig. Was fehlt, sind allerdings noch die Zuständigkeiten der unteren Straßenverkehrsbehörde wie z.B. für Tempo-30-Zonen, Zebrastreifen und Halteverbote, sowie die Mittel für die Unterhaltung und den Ausbau der Bezirksstraßen.

Es ist auch gelungen, die Bezirksversammlungen gegenüber der Verwaltung auf Bezirks- und Senatsebene zu stärken und damit den Einfluss der Bürgerinnen und Bürger vor Ort zu verbessern. Auch die Teilhabe der Jüngeren haben wir mit der Einführung des passiven Wahlalters ab 16 Jahren für die Bezirksversammlungen gestärkt.

Darüber hinaus wollen wir, dass zukünftig auch alle Dezernenten des Bezirks von den Bezirksabgeordneten als Wahlbeamte gewählt werden. Wir wollen damit die Verwaltung noch besser an den kommunalen Entscheidungen beteiligen. Letztendlich wollen wir erreichen, dass alle örtlichen Belange auch vor Ort entschieden werden können. Senat und Bürgerschaft als Landesorgane sollen sich auf ihre landespolitische Verantwortung zukünftig beschränken.

Vor diesem Hintergrund sind die Möglichkeiten kreativer Bezirkspolitik auch in Mitte gestiegen, und wir Grüne wollen diesen Spielraum auch für die Interessen der Bürgerinnen und Bürger vor Ort voll ausnutzen. Daher möchten wir Ihnen in diesem Bezirkswahlprogramm unsere Grünen Ideen vorstellen.



In den vergangenen vier Jahren hat grüne "Regierungsbeteiligung" in Hamburg-Mitte zahlreiche Innovationen angestoßen und umgesetzt. Was wir in unserem Bezirk eigenverantwortlich behandeln konnten, haben wir auch kreativ, innovativ und erfolgreich gelöst:

- Als erster Bezirk erarbeitete Hamburg-Mitte ein "Seniorenleitbild", das Politik und Verwaltung auf die Berücksichtigung der Belange von Senioren verpflichtet. Jetzt gilt es, das Seniorenleitbild fortzuschreiben und weiterhin in aktive Politik vor Ort umzusetzen.
- Integration ist in Hamburg-Mitte ein wichtiges Thema: Fast 23 % der Einwohnerinnen und Einwohner haben keinen deutschen Pass (Hamburg: 14 %) - deshalb haben wir uns dafür eingesetzt, dass Hamburg-Mitte als erster Bezirk ein Integrationsleitbild für Zuwanderinnen und Zuwanderer entwickelt und beschlossen hat. Hier ist der Grundstock für eine erfolgreiche Integrationspolitik gelegt worden, an dem auf allen Ebenen weitergearbeitet werden muss, um auch zukünftig im Bezirk ein friedliches Miteinander der Kulturen zu ermöglichen.
- Wir haben gemeinsam erreicht, dass mit "Schau nach Osten" in Billstedt und Horn das größte Stadtentwicklungsprogramm der Bundesrepublik gestartet wurde.
- Der Erhalt denkmalwürdiger Gebäude hatte in Hamburg-Mitte schon Konjunktur, bevor Ole von Beust dieses Thema entdeckte, und den Erhalt ganzer historischer Ensembles haben wir durch bauliche Erhaltensverordnungen ermöglicht.
- Uns geht es aber nicht nur um den Erhalt alter Häuser, sondern vor allem darum, den Bezirk und seine Stadtteile als lebenswerten Wohnstandort vor allem für Familien zu stärken. Mit Wohnungsbauprojekten in der Innenstadt wie im Brahms-Quartier und auf dem AK St. Georg und Bebauungsplänen für Billstedt und Finkenwerder haben wir dafür die Voraussetzungen geschaffen.
- Auch die Innenstadt soll nach Ladenschluss wieder belebter werden, in dem dort Wohnungen geschaffen werden, z.B. auf dem ehemaligen Springer-Parkplatz und in ehemaligen Bürogebäuden in St. Georg. Und auch das Wohnen an und auf dem Wasser mit "schwim-

menden Häusern" wurde in Hamburg-Mitte angeschoben - dass es damit kaum voran geht, liegt am Senat.

### **Wir Grüne möchten deshalb diese erfolgreiche Arbeit für Hamburg-Mitte fortsetzen.**

Dafür bitten wir Sie am 24. Februar 2008 um ihre Unterstützung: um Ihre Stimmen für die Kandidatinnen und Kandidaten der GAL für die Bezirksversammlung Hamburg-Mitte und die Hamburgische Bürgerschaft.

---

## **Kreative Mitte**

---

Mitte ist das Zentrum von Hamburgs Kreativität. Hier sitzen die meisten Agenturen, Medienunternehmen, Theater und Museen. Viele Clubs, Labels und Bands haben ihre Heimat in Mitte. St. Pauli, das Karoviertel und St. Georg sind mit zahlreichen Galerien und originellen Läden kreative Seelen unserer Stadt.

Für uns Grüne ist die Kreativität bei Unternehmen, in der Kultur und anderen gesellschaftlichen Aktivitäten so wichtig, dass wir darin investieren wollen: Kreativität zum Beispiel in der Dienstleistungsbranche entwickelt gerade in einer Metropole schnell eigene Dynamiken und kann in nennenswertem Umfang neue Ideen und somit neue Arbeitsplätze nach sich ziehen. In Zeiten des Arbeitsplatzabbaus in traditionellen wirtschaftlichen Clustern ist die Verbesserung des Rahmens für kreative Ideen eine notwendige Investition. Auch die Förderung kultureller Kreativität ist eine Investition. Nicht nur in Problemgebieten haben Kunst und Kultur, insbesondere in Vereinen, eine wichtige Funktion: Sie stimulieren das Lebensgefühl und helfen mit, einen „Stadtteil“ in einen „lebendigen Stadtteil“ zu verwandeln. Diese positive Grundstimmung in unseren Stadtteilen ist Voraussetzung für vielfältige persönliche und gesellschaftliche Aktivitäten, die unser Gemeinwesen tragen. Und hier liegen dann auch die Wurzeln für persönliche unternehmerische Aktivitäten.

Wir haben 2005 ein Musikgutachten in Auftrag gegeben, um die Clubszene von St. Pauli zu stärken. Daraus folgte ein regelmäßiger

Runder Tisch zwischen Clubbetreibern, Musikwirtschaft, Verwaltung und Politik. Dort werden die aktuellen Probleme angesprochen, gemeinsam gelöst und die weitere Zusammenarbeit geplant. Darüber hinaus setzen wir uns dabei nicht nur für die Stärkung des Kreativen in der Innenstadt, sondern auch in Hamm, Horn, Billstedt und Wilhelmsburg ein.

### **Raum für Kreativität**

Wir Grüne wollen mehr Platz für Kreative. Ateliers, Proberäume, Agenturen: Ihnen wollen wir zu mehr und besserem Raum verhelfen. Existenzgründungszentren wie der Karostar können weiterhin auf unsere Unterstützung bauen. Mit der Wirtschaftsförderung können so neue Perspektiven im Kreativbereich geschaffen werden. Auch das Bauen kann kreativer werden: Wir setzen auf experimentelles und ökologisches Bauen für Wohn- und für Bürogebäude. Dazu zählt auch der weitere Ausbau des Wohnens und Arbeitens auf dem Wasser – auch wenn die CDU hier im Wege steht. Kreativ ist für uns auch die verbindliche Festsetzung für Erneuerbare Energien in Bebauungsplänen, um Ökologisches Bauen zu fördern.

Wir wollen neue oder stärkere Belastungen für Anwohnerinnen und Anwohner vermeiden. In Stadtteilen, die sich dafür eignen, weil sie viele Einrichtungen haben, oder weil sie dadurch gefördert werden können, wollen wir mit Kulturzonen die Entwicklung von Konzert- und Veranstaltungszentren, Galerien und Gastronomie unter anderem durch finanzielle Unterstützung bei Investitionen in Schallschutz fördern. Wir wollen dort die Stellplatzabgabe lockern, um durch die Vermeidung von Parkraum Autoverkehr zu reduzieren. Mit einem Designzentrum soll die Designwirtschaft gefördert werden, die Ansiedlung im Bezirk Mitte ist uns dabei ein Anliegen. Im Bezirksamt Mitte wollen wir eine Stelle für die Vermittlung von Flächen für Investoren, für Liegenschaften für Kreative und für Locations für Events schaffen. In der HafenCity setzen wir uns beim Senat dafür ein, mehr kreative Nutzungen auf öffentlichen Plätzen von Straßenmusik bis hin zu Kunst happenings verfügbar zu machen.

## **Stadtteilkultur ausbauen**

Kultur lebt von den Menschen vor Ort. Deshalb wollen wir weiter die Stadtteilkultur ausbauen. Dazu zählen Straßenfeste ebenso wie die Arbeit von Geschichtswerkstätten und von Vereinen. Wir setzen uns dafür ein, dass der Bezirk Mitte die kreativen Potenziale aller Stadtteile prüft und daraus ein Handlungskonzept „Kreativer Bezirk“ entwickelt. Stadtteilkulturzentren wie in St. Georg, Billstedt, Hamm und Wilhelmsburg wollen wir weiter stärken und in ihrer Vernetzung unterstützen. Die vielfältigen Hamburger Stadtteilstädte wollen wir mit einem Antifressmeilen-Programm bei der künstlerischen Weiterentwicklung und Profilierung unterstützen. Von der CDU wird Stadtteilkultur mit phantasielosen Events gleichgesetzt. Wir wollen stärker auf Originalität und Qualität setzen. So werden Anwohnerinnen und Anwohner weniger beansprucht und gleichzeitig Viertel vitaler. Straßen, auf denen Straßenfeste stattfinden, sollten dann für den Autoverkehr gesperrt werden. Auf diese Weise lässt sich Lärm reduzieren, weil dann Lautsprecher leiser geschaltet werden können.

Die meisten Hamburger Museen befinden sich in Mitte. Mit den Museumsstiftungen der Stadt wollen wir daher vereinbaren, die Öffnungszeiten der Museen besser auf die veränderten Lebens- und Arbeitsrhythmen in der Stadt einzustellen. Wir setzen uns daher auch für einen besseren Stadtteilbezug der Museen ein. Wir wollen Künstlerinnen und Künstler beteiligen an der Gestaltung des Schulunterrichts (Ausbau von Ganztagschulen, Anknüpfung an das Projekt "NaSch-Mit"). Außerdem wollen wir den Hochschulcampus der HAW in St. Georg und der Evangelischen Hochschule in Horn als kreative Lernorte nutzen.

## **Musik in Mitte**

Unter dem jetzigen Senat pfeift die Musikindustrie auf dem letzten Loch. Wir wollen mit gezielter Förderung wieder für mehr Harmonie sorgen. So setzen wir uns für öffentliche Investitionsmittel ein, um Live-Musikclubs zu helfen, Lärmschutz zu verbessern. Wir wollen, dass auf dem Spielbudenplatz mehr attraktive Musikveranstaltungen angeboten werden. Großen Clubs wollen wir durch verbesserte Unterstüt-

zung bei ihren Veranstaltungen helfen. Insgesamt muss ein besserer Ausgleich zwischen den Interessen der Anwohnerinnen und Anwohnern und der Clubs angestrebt werden. Wir wollen prüfen, ob das Klingende Museum Hamburg stärker gefördert werden kann. Ebenso wollen wir in Hamburg ein Straßenmusikfestival, ähnlich denen in Bern oder Ludwigsburg, etablieren. Außerdem wollen wir den Bau einer mittelgroßen Konzerthalle mit 2.000 bis 6.000 Sitzplätzen für Popmusik unterstützen. Im Rahmen der Internationalen Bauausstellung wollen wir mit einer neuen Open-Air-Bühne Platz für Newcomer schaffen. Sie sind das Kurorchester des 21. Jahrhunderts.

### **Kreativität fördern**

Kreativität braucht Förderung. Das bedeutet: bessere Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner in der Verwaltung. Wir setzen uns dafür ein, in der bezirklichen Wirtschaftsförderung eine zentrale Anlaufstelle zur Förderung der Kreativwirtschaft zu schaffen. Hier soll Unterstützung für die Beantragung gegeben werden, Hilfe für Fragen zu Genehmigungen und Anträgen und das Raummanagement sowie die Vermittlung von Zwischennutzungen konzentriert werden. Kunst und Kultur können durch die Förderung von künstlerischen und kulturellen Initiativen in sozialen Problemgebieten gezielt als Instrumente der Stadtteilentwicklung eingesetzt werden. Es muss auch geprüft werden, ob der Einsatz arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen zur Schaffung zusätzlicher Beschäftigung im kulturellen Bereich geeignet ist. Wir werden auch die Gründung einer Agentur für Kreativwirtschaft unterstützen. Sie soll in Mitte angesiedelt werden. Der Bezirk braucht eine gezielte Anwerbung von Unternehmen aus dem Design- und Medienbereich, von Unternehmen der Games-Branche und der Musikwirtschaft. Wie bisher wollen wir die individuelle Förderung von Vereinen und Gruppen aus der Kreativwirtschaft fortsetzen. Freie Theatergruppen, Singvereine, Kindermalgruppen und andere können weiter auf unsere Unterstützung bauen.

---

## Soziale Mitte

---

Hamburg ist nicht nur die reichste Stadt Deutschlands, sondern auch die mit der größten sozialen Polarisierung, denn die Armut in der Stadt wächst und bei den Arbeitslosen- und Schulabbrecherinnenraten und der Jugendkriminalität liegt Hamburg in der Spitzengruppe der westdeutschen Großstädte.

### **Mehr Chancen in Mitte**

Was für die ganze Stadt im Allgemeinen gilt, das gilt für den Bezirk Hamburg-Mitte im Besonderen. Etwa 70 Prozent der Fläche des Bezirks sind Stadtteile mit besonderen sozialen Problemlagen. Die Wachstumsstrategie des Senats tut nichts dagegen, denn sie setzt einseitig auf Leuchtturmprojekte und die prestigeträchtige Subventionierung von Großunternehmen. Im Sozialbereich und bei der Arbeitsmarktförderung wurden die Mittel drastisch gekürzt. Eine Verzahnung der Arbeitsmarktpolitik mit der Armutsbekämpfung in den Stadtteilen findet nicht mehr statt, ebensowenig wie die besondere Förderung benachteiligter Zielgruppen. Diese Ausrichtung der Hamburger Wachstumsstrategie verstärkt die Ausgrenzung ganzer Bevölkerungsgruppen, die weniger leistungsstark sind.

Mehr als ein Viertel der Menschen im Bezirk haben einen Migrationshintergrund. Sie haben schlechtere Bildungs- und Beteiligungschancen und damit ungünstigere Ausgangsbedingungen auf dem Arbeitsmarkt. Chancengerechtigkeit gibt es in Hamburg nicht, sie wird durch die zögerliche und unstete Integrationspolitik des Senats, der kulturelle Vielfalt nicht als Chance einer zukunftsorientierten Gesellschaft begreifen will, verhindert.

Armut führt nachgewiesenermaßen oft zu Spannungen in Familien mit Kindern, die diese nachhaltig negativ beeinflussen und unter denen die Kinder leiden. Kinderarmut beeinflusst deren Werdegang und schafft Probleme von morgen. Armut geht einher mit einer Verschärfung der Gesundheitssituation in den benachteiligten Quartieren. Wer arm ist, wird häufiger krank und stirbt früher. Die Kindersterblichkeit

ist auch höher. Auf spektakuläre Verwahrlosungsfälle wird im Einzelfall pressewirksam reagiert, aber Gesundheitspolitik ist für den Senat kein integraler Bestandteil eines Konzeptes zur Armutsbekämpfung.

Die GAL versteht Bildung als Chance zum Aufstieg aus der Armut. Die Schulpolitik des CDU-Senats verfestigt aber die soziale Spaltung. Das gegliederte Schulsystem führt nachgewiesenermaßen zu einer sozialen Auslese, die Konzentration der Ganztagschulen auf Gymnasien kann die soziale Benachteiligung in der Bildungsentwicklung der Kinder nicht mehr auffangen. Die Schulschließungen des CDU-Senats 2005 haben die Bildungssituation noch verschlechtert. Lehrstellen wurden gestrichen, während die Klassen immer größer wurden.

Armut konzentriert sich zunehmend auf Stadtteile der 1960er und 1970er Jahre in Randlagen, die aufgrund vielfältiger Faktoren (mangelnde soziale Infrastruktur sowie Bildungs- und Kulturangebote, Umweltbelastungen, teilweise fehlende Versorgungseinrichtungen, reine Wohngebiete, Erreichbarkeit, usw.) zusätzlich benachteiligend wirken. Mümmelmannsberg und Kirchdorf-Süd sind Beispiele dafür aus unserem Bezirk. Diese Stadtteile werden zunehmend aus- und abgegrenzt, faktisch abgekoppelt. Sie entschwinden aus der Wahrnehmung der „Mehrheitsbevölkerung“ und die Gefahr der Ghettobildung wächst. Gleichwohl übernehmen diese Stadtteile z.B. mit der Aufnahme von Migrantinnen und Migranten eine wichtige Funktion für die Stadt. Die Bewertung dieser Stadtteile bleibt sowohl im Hinblick auf ihre Defizite als auch im Hinblick auf ihre Potenziale unzureichend.

### **In den Stadtteilen handeln**

Wir Grüne wollen die soziale Spaltung der Gesellschaft in der Stadt überwinden, und wir wollen damit in unserem Bezirk Hamburg-Mitte beginnen. Wir setzen dafür auf ein Konzept, das neben der baulichen Sanierung der am stärksten betroffenen Stadtteile ein gesellschaftliches Programm zur sozialen Revitalisierung beinhaltet. Zukünftig darf bei der Stadterneuerung nicht nur in Beton und Asphalt investiert werden, sondern auch und vor allem in die Köpfe der Menschen: Wir wollen eine integrierte Quartiersentwicklung, bei der Beschäftigung, Bildung, Gesundheit und Kultur die neuen Schwerpunkte werden!

Dies haben wir bei der aktiven Stadtteilentwicklung in Billstedt/Horn schon implementiert und werden dies in den anderen Gebieten weiter umsetzen.

Die GAL-Fraktion in der Bürgerschaft hat mit "Viertel vor" ein Handlungskonzept zur Überwindung der sozialen Spaltung der Stadt entwickelt, das wir im Bezirk Hamburg-Mitte umsetzen wollen. Ein solches Programm kann nur durch eine andere Mehrheit im Rathaus angeschoben werden, aber in unserem Bezirk haben wir viele Anknüpfungspunkte. Mit der Einrichtung eines Ausschusses für Wohnen und soziale Stadtteilentwicklung hat der Bezirk eine wichtige Voraussetzung für die erfolgreiche Koordination der sozialen Stadtteilentwicklung geschaffen. Wir wollen diesen Ansatz weiter verfolgen und dabei die Beteiligung in den Entwicklungsquartieren weiter ausbauen.

Die in unserem Bezirk liegenden Gebiete der „Aktiven Stadtteilentwicklung“ (Billstedt/Horn, Rothenburgsort, Wilhelmsburg, St. Georg) sind dabei unsere Schwerpunkte. Die benachteiligten Quartiere wollen wir in der öffentlichen Wahrnehmung zu "Potenzialräumen" entwickeln. Innovative und kreative Angebote in diesen Quartieren sollen den Menschen, insbesondere den jungen Menschen, zeigen, dass sie "von der Stadt" nicht vergessen wurden. Den Bereich der sozialen Ökonomie, in der Betriebe, Vereine und Projekte, die Dienste und Wohlfahrtsleistungen anbieten, die nicht über den Markt und die öffentliche Hand bereitgestellt werden (z.B. in den Bereichen Pflege und Gesundheit, Erziehung und Kinderbetreuung, Kultur, Sport und Umwelt), wollen wir ausbauen und die nicht-monetäre Selbst- und Nachbarschaftshilfe sowie Tauschsysteme als Teile der informellen Ökonomie stärken. Alle Gebiete haben ein Potenzial, von dem Hamburg als Ganzes profitieren kann, das wir fördern und entwickeln wollen.

Alle Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik sollen mit der sozialen Stadtteilentwicklung verknüpft werden. Die Steuerung der arbeitsmarktpolitischen Mittel soll regionalisiert werden, beispielsweise durch Jobcenter-Budgets, um einen auf die lokalen Bedürfnisse zugeschnittenen Einsatz zu erreichen. Die Förderung der lokalen Ökonomie in den Stadtteilen, insbesondere von Existenzgründungen durch Menschen mit Migrationshintergrund, ist uns ein besonderes Anliegen.



Wir wollen die Bildungssituation durch die Einführung eines Rechtsanspruchs auf ganztägige Kinderbetreuung ab dem 1. bis zum 3. Lebensjahr, die Ausweitung der Ganztagsbetreuung für die 3- bis 6-Jährigen, die Weiterentwicklung von Kitas zu Familienzentren, Quartiers- und Magnetschulprojekte sowie Ausbildungsprojekte in Kooperation mit Unternehmen nachhaltig verbessern.

### **Aktive Wohnungspolitik**

Der Hamburger Wohnungsmarkt gerät zusehends aus dem Gleichgewicht. Immer weniger Sozialwohnungen sind verfügbar, weil immer mehr Wohnungen aus der Sozialbindungsfrist laufen und zu wenig preisgünstiger Wohnraum neu gebaut wird. Für viele Menschen ist nur schlechter oder teurer Wohnraum verfügbar. Dies fördert tendenziell die Entmischung der Stadtteile und wirkt damit dem Zusammenhalt der Gesellschaft entgegen. In der Rot-Grünen Koalition im Bezirk Mitte hat sich die GAL immer für eine sozial verantwortliche Wohnungspolitik eingesetzt und bei Bauprojekten in der Innenstadt, St. Pauli und St. Georg den Wohnungsanteil maximiert. Unser Ziel ist es, wieder mehr Wohnungen für Menschen mit geringerem Einkommen und für benachteiligte Gruppen zu günstigen und fairen Mieten auf dem Markt anzubieten. Wir werden dabei im Rahmen der bezirklichen Möglichkeiten darauf achten, dass diese Wohnungen nicht in wenigen Gebieten konzentriert sind, sondern über den Bezirk verteilt liegen. Besonders kritisch und aufmerksam werden wir alle Veränderungen des Wohnlagenverzeichnisses als Grundlage für den Mietenspiegel verfolgen und, wie gerade in St. Georg geschehen, Veränderungen, welche die Mieten hochtreiben, bekämpfen. Dafür ist die bauliche Erhaltensverordnung in St. Pauli-Süd aus dem Jahr 2006 ein effektives Mittel. Dies haben wir im Herbst 2007 auch für St. Georg beschlossen (wird Anfang September kommen) und auch auf die Innenstadt ausgedehnt.

Der Erhalt günstigen Wohnraums darf aber nicht in Widerspruch zum Klimaschutz geraten. Entscheidend für eine nachhaltige und klimafreundliche Stadtentwicklung ist es, die energetische Sanierung des Wohnungsbestandes voranzutreiben und nicht nur beim Neubau neu-

este Technologien der Energieeinsparung vorzuschreiben, um den Energieverbrauch und die Wohnnebenkosten zu senken.

Die Erfolge der Hamburger Stadtentwicklungspolitik der 80er und 90er Jahre zeigen sich in den ehemaligen Gebieten der Stadterneuerung: Ehemalige Problemquartiere haben sich zu beliebten und integrationsstarken In-Vierteln entwickelt. Durch die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen steigen die Mietpreise stark an und die soziale Entmischung droht. Um diesen Tendenzen entgegenzuwirken und die "Latte-Machiattosierung" zu vermeiden, wollen wir für die Gebiete, in denen signifikante Umwandlungs- und Aufwertungs-tendenzen beobachtbar sind, soziale Erhaltungsverordnungen erlassen. Hierdurch soll es den dort lebenden Menschen ermöglicht werden, in ihren Quartieren wohnen zu bleiben. Wir wollen die Verdrängung stoppen.

Bei der Veräußerung städtischer Grundstücke und Immobilien in innerstädtischen Gebieten soll nicht das höchste Gebot, sondern das für eine nachhaltige Quartiersentwicklung beste Konzept den Ausschlag geben. In Fällen absehbarer Immobilienspekulation in Sanierungs- und Erhaltungsgebieten soll das städtische Vorkaufsrecht ausgeübt werden. Vorangetrieben werden soll die Umwandlung von leerstehenden Büro- und Gewerbeflächen in Wohnraum. Erste Voraussetzungen wurden, auf Betreiben der GAL, durch ein entsprechendes Gutachten für das Kontorhausviertel geschaffen und in Gesprächen mit der Verwaltung im Bezirk weiter vorangetrieben.

## **Kinder**

Der Kinderschutz hat die höchste Priorität. Die GAL wird sich laufend davon überzeugen, dass dafür im Allgemeinen Sozialen Dienst im Jugendamt nicht nur die nötigen personellen Ressourcen vorgehalten werden, sondern auch die mit dieser schwierigen Aufgabe beauftragten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Arbeitsbedingungen erhalten, die sie nicht ständig überlasten. Die Rot-Grüne Koalition im Bezirk Mitte hat gegen den Senat durchgesetzt, dass die unbesetzten Stellen nachbesetzt werden dürfen.

Gerade im Bezirk Mitte fehlt es vielen Kindern an der notwendigen Förderung und einer ihren Bedürfnissen entsprechenden Infrastruktur. Wir setzen uns in allen Bereichen für ihre Interessen ein. Die GAL wird insbesondere bei der jährlichen Vergabe der Haushaltsmittel über den Kinder- und Jugendhilfeausschuss darauf achten, dass die Arbeit mit Kindern z. B. in den Spielhäusern, den Häusern der Jugend und in den Jugendclubs ihren gleichberechtigten Stellenwert behält. Sie steht nicht für die Sparpolitik des Senats zur Verfügung. Konzepte für die Arbeit mit Kindern, die Bildung beinhalten und die Kinder an Entscheidungen partizipieren lassen, werden bei der Förderung besonders berücksichtigt, denn Kindertagesstätten sind keine Verwahranstalten, sondern auch Bildungseinrichtungen! Wir setzen uns für eine sinnvolle und gleichberechtigte Zusammenarbeit der Kinder- und Jugendhilfe mit den Schulen ein.

## **Jugend**

In der Jugendarbeit will die GAL neue Akzente setzen: Träger, die sich mit Bildung und Ausbildung (z. B. „Vamos“) befassen, wollen wir besonders fördern. Neben der etablierten Mädchenarbeit erwarten wir von Trägern der Jugendarbeit, dass sie zukünftig auch eine inhaltliche „Jungengruppenarbeit“ in ihre Konzeption mit aufnehmen, denn zunehmend leiden Jungen und junge Männer an verschiedenen Defiziten und sind in vielen Gesellschaftsbereichen schwer verunsichert. Jugendhilfeträger, die selbst die Themen Sexualität und sexuelle Identität in ihre Arbeit mit aufnehmen und sich zum Beispiel regelmäßig von pro-familia beraten oder unterstützen lassen, können sich auf die Unterstützung der GAL verlassen, da uns diese Themen am Herzen liegen.

Junge Leute lieben Musik, wollen sich bewegen, wollen tanzen, wollen andere Jugendliche kennen lernen, dazu müssen sie die Gelegenheit in ihren Einrichtungen erhalten. Die GAL wird die Jugend in ihrem Anliegen unterstützen. Die GAL freut sich über alle 16-jährigen Jugendlichen, die sich politisch beteiligen möchten und zukünftig in Bezirksausschüssen verantwortlich mitarbeiten können. Aktive Sportförderung, z.B. durch Bonussysteme, die die Angebote von Vereinen,

Schulen und Jugendhilfeeinrichtungen verknüpft, kann einen wesentlichen Beitrag zu Integration, Gesundheit und Gewaltprävention liefern. Wir streben deshalb die Entwicklung von Pilotprojekten, insbesondere zur Gesundheitsförderung und Gewaltprävention, an.

### **Aktives Wahlrecht ab 16 Jahren!**

Wer A sagt, muss auch B sagen. Nach der erfolgreichen Herabsetzung des passiven Wahlalters setzen wir uns auch dafür ein, dass das aktive Wahlalter für die Bezirksversammlungen auf 16 Jahre gesenkt wird.

### **Schulen für die Stadtteile**

Wir brauchen ein bedarfsgerechtes Schulangebot in allen Stadtteilen: Jedes Quartier braucht seine Schule – aber nicht jedes Quartier braucht jede Schulform. Dazu ist eine moderne, partizipative und dezentrale Schulstandortplanung durch „Regionale Kommissionen für Schulstandortplanung“ nötig, die sowohl die Eltern, Schülerinnen und Schüler, die Schulleitung und Verwaltung als Beteiligte einbezieht, als auch Aspekte der pädagogischen und finanziellen Rahmenvorgaben sowie der Stadtteilentwicklung berücksichtigt. Wir wollen, dass Schule ein Ort wird, wo Kinder sich bewegen und sie Zugang zu gesunder Ernährung finden können.

### **Gesundheit**

Die Abwanderung von Ärztinnen und Ärzten aus bevölkerungsreichen, aber finanziell armen Stadtteilen ist eine der größten Herausforderungen der Zukunft im Bezirk Mitte. Wir wollen durch eine Vernetzung aller im Gesundheitswesen tätigen Personen und Institutionen erreichen, dass sich ein "Netzwerk Gesundheit" bildet, dass sich die Sicherstellung der Gesundheitsversorgung zur Aufgabe macht. Dabei liegen uns die körperliche und seelische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen besonders am Herzen. Hier sind zukunftsweisende, kreative Konzepte erforderlich. Wir wollen bei der "Schau nach Osten", dem größten Stadtentwicklungsprogramm der Bundesrepublik, die Gesundheitsversorgung in Billstedt und Horn in den Fokus rücken!

Der Senat kommt seiner Verpflichtung zur Gesundheitsberichterstattung nicht nach. Die GAL hat sich in der Bezirksversammlung dafür eingesetzt, dass sich dies ändert. Wir werden das weiterhin nachdrücklich einfordern.

Im Rahmen der Internationalen Bauausstellung in Wilhelmsburg setzen wir uns dafür ein, dass auch wohnortnahe Gesundheitsprojekte - z.B. ein Gesundheitszentrum - entwickelt werden. Viele Menschen kommen schon aufgrund ihrer Muttersprache oder ihres Analphabetismus nicht im deutschen Gesundheitssystem an, in der Folge werden sie nicht ausreichend versorgt. Mit einem Gesundheitsintegrationskonzept wollen wir dem entgegenwirken.

Gesundheitsvorsorge und Gesundheitserziehung wollen wir fest in den Tagesablauf der Kindertagesstätten verankern – Möglichkeiten dazu bieten Elternabende zu Themen der Gesundheit, Weiterbildungen von Erzieherinnen und Erziehern, Projektwochen zu Themen der Gesundheit, Ansprechpartnerinnen und -partner vor Ort bei gesundheitlichen Auffälligkeiten usw. Auch aktiver Jugendschutz ist Gesundheitschutz und damit eine Aufgabe der Jugendarbeit, besonders auch im Bereich der Aufklärung über die Gefahren und Folgen des Missbrauchs von Alkohol und Drogen.

Weiterhin sind die Betreuung älterer, pflegebedürftiger und psychisch erkrankter Menschen für uns zentrale Themen. Für sie werden wohnortnah Wohngruppen benötigt. Außerdem werden in absehbarer Zeit verstärkt spezifische Angebote nach kultursensibler Pflege nachgefragt werden. Daneben sind Programme für pflegende Angehörige, insbesondere für Familien mit Migrationshintergrund, zu entwickeln und anzubieten.

Wir unterstützen die Drogenhilfeeinrichtung "Stay Alive" bei der Suche nach einem neuen Standort.

### **HIV und AIDS wirksam bekämpfen**

Die HIV-Neuinfektionen nehmen dramatisch zu. Von 2001 bis 2006 sind sie um über 130 % gestiegen. Betroffen sind davon vor allem schwule Männer, von denen viele in den Stadtteilen St. Georg, St.

Pauli und Neustadt leben. Deswegen ist AIDS eine besondere Herausforderung für den Bezirk Mitte. Oft wird die Infektion zu spät erkannt. Wir Grüne setzen uns dafür ein, dass die von Hein & Fiete initiierte HIV-Test-Kampagne durch Mittel vom Senat weitergeführt und ausgeweitet wird. Besonders Amüsierviertel wie die Reeperbahn müssen mit einbezogen werden. HIV bekämpft man am besten durch Aufklärung. Das Unwissen junger Menschen ist erschreckend. Deswegen müssen die Konzepte für eine auch interkulturelle Sexualaufklärung in den Schulen und für die zugehende außerschulische Jugendarbeit der AIDS-Hilfe umgesetzt und dafür die entsprechenden Mittel bereitgestellt werden. Wir Grüne unterstützen die „Freiwillige Selbstverpflichtung“ der Wirte aus der schwulen Szene zur Förderung von Safer Sex. Wir setzen uns dafür ein, dass auch die Pornokinos dieser freiwilligen Selbstverpflichtung beitreten.

---

## Lebensqualität in Mitte

---

Der Begriff "Lebensqualität" umschreibt das, was für die Menschen in unserem Bezirk von Bedeutung ist, damit sie sich dort wohlfühlen: das Umfeld ihrer Wohnungen, eine saubere Umwelt und einladende Parks und Grünanlagen, Beratungs-, Betreuungs-, Bildungs- und Kulturangebote für sie und ihre Kinder, barrierefreier Zugang zu Einrichtungen, soziale Dienstleistungen und eine funktionierende Gesundheitsversorgung. Für viele dieser Themen ist der Bezirk nicht zuständig, sondern der Senat und seine Fachbehörden. Weil aber immer wieder Anliegen zu diesen Themen an das Bezirksamt und die Bezirksversammlung herangetragen werden, machen wir uns diese Themen zu Eigen und bemühen uns um Problemlösungen.

Wir wollen Hamburg-Mitte weiterhin zum liebens- und lebenswerten Wohnstandort für Familien und alle Bewohner und Bewohnerinnen entwickeln und werden uns im Rahmen der bezirklichen Möglichkeiten durch die Aufstellung von Bebauungsplänen und durch bei Baugenehmigungsverfahren für die Schaffung von bezahlbarem und familiengerechtem Wohnungsbau einsetzen. Was wir in Billstedt und Finkenwerder begonnen haben, wollen wir in anderen Stadtteilen

fortsetzen. In der inneren Stadt werden wir uns verstärkt darum kümmern, dass beim Neu- und Umbau von Büroflächen vermehrt Wohnraum für Familien geschaffen wird, denn dies ist ein wichtiger Beitrag zur Belebung der City. Wir haben in diesem Bereich schon einiges erreicht, aber es bleibt noch viel zu tun.

### **Wohnen im Grünen in der Stadt**

Es darf nicht sein, dass Wohnungsbau stets zu Lasten der knappen Grünflächen geht, denn diese Freiräume sind für das Wohlfühlen sehr wichtig. Grünflächen müssen so gestaltet werden, dass sie zu Bewegung und Sport einladen - denn Kinder brauchen Bewegung - und nicht nur sie. Spielmöglichkeiten für Kinder sind mehr als ein Sandkasten und ein Klettergerüst, im Zusammenhang mit Wohnbebauung sind Angebote für die verschiedenen Altersgruppen vonnöten: Wasserspielflächen, Streetball-Körbe, Flächen für Inlineskating und Skateboardfahren usw. Es genügt aber nicht, mit Sonderprogrammen die Sanierung und Neugestaltung von Plätzen, Grünanlagen und Kinderspielplätzen öffentlichkeitswirksam zu feiern, wie dies der Beust-Senat tut. Was nutzen diese Maßnahmen, wenn sie schon nach wenigen Jahren nicht mehr erkennbar sind, weil dem für den Unterhalt und die Pflege zuständigen Bezirk vom Senat nicht die dafür benötigten Mittel zur Verfügung gestellt werden? Wir werden uns weiterhin für ein Aufstocken der entsprechenden Mittel einsetzen, um auch die Unterhaltung sicher zu stellen.

Wir setzen uns für eine solide Planungskultur in unserem Bezirk ein. Die mehrfache Überplanung von Grünflächen für Wohnen und für Gewerbeflächen, wie dies dem Senat immer wieder mal - z.B. an den ehemaligen Schulstandorten in Horn und Kirchsteinbek - passiert, machen wir nicht mit! Im Spannungsfeld Hafen - Verkehr - Stadtentwicklung, wie es sich gerade in und um die Elbinseln Veddel und Wilhelmsburg entwickelt, setzen wir uns dafür ein, dass die Lärm- und Luftemissionen des Hafens reduziert werden, um die Stadtentwicklung im Wilhelmsburger Reihersteigviertel und am Spreehafen vorantreiben zu können. Hierzu gehören auch Zugänge zum Spreehafen.

## **Barrierefreiheit**

Auch Menschen mit Behinderung müssen die Möglichkeit haben, sich im Bezirk ihren Bedürfnissen entsprechend zu bewegen. Wir haben uns bereits in der Vergangenheit dafür eingesetzt, dass die Schnellbahnhaltstellen im Bezirk – hier insbesondere in der Innenstadt, Veddel, Rothenburgsort - barrierefreie Zugänge (Fahrstühle) erhalten. Die Bauordnung fordert, dass die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen bei öffentlichen Bauten besonders zu berücksichtigen sind. Wir haben das in der Vergangenheit stets eingefordert und sehen hier weiterhin einen Schwerpunkt unserer politischen Arbeit. Neben der Einrichtung ist die Sicherstellung der Funktionsfähigkeit z.B. von Fahrstühlen ein Schwerpunkt unserer Arbeit. Hiervon profitieren nicht nur behinderte Menschen, sondern auch Familien mit Kindern und ältere Menschen.

## **Betreuung und Bildung sind Standortfaktoren**

Ein freundliches und sicheres Wohnumfeld alleine genügt jedoch nicht, um sich in einem Stadtteil wohl und heimisch zu fühlen. Für Familien ist es wichtig, dass gute und gut ausgestattete Kindertagesstätten und Schulen in der Nähe vorhanden sind. Die CDU-Regierung unter Ole von Beust hat in den vergangenen Jahren gerade im Osten des Bezirks das Schulangebot drastisch reduziert. Dass Schulen ein wichtiger Faktor für einen Stadtteil sind, zeigt sich in Kirchdorf: Ein neues und innovatives Wohnungsbauprojekt, die Öko-Siedlung, das besonders junge Familien mit Kindern anziehen soll, lässt sich nur sehr schwer vermarkten, weil es an guten Schulen in der Nähe fehlt. Die Zuständigkeit für Schulen liegt nicht beim Bezirk, sondern direkt beim Senat. Wir setzen uns trotzdem dafür ein, dass ein umfassendes Schulangebot in den Stadtteilen unseres Bezirks entwickelt wird. Gute Schulen wie z.B. die Gesamtschule Mümmelmannsberg leiden unter dem negativen Image ihres Stadtteils. Wir setzen uns dafür ein, dass sie zur "Magnetschule" entwickelt wird. Eine attraktive Schule in einem benachteiligten Gebiet zieht auch Schülerinnen und Schüler aus anderen Stadtteilen an. Dadurch erreicht sie eine bessere soziokulturelle Zusammensetzung ihrer Schülerinnenschaft, senkt die Zahl von



Schülerinnen und Schülern, die Klassen wiederholen müssen oder gar den Schulbesuch abbrechen, und erhöht die Lerneffizienz. Sie kann sich dadurch zu einem Magneten und Imageträger für ihren Stadtteil entwickeln.

Über die schulische Bildung hinaus sind Öffentliche Bücherhallen wichtige Anlaufpunkte für Menschen aller Altersklassen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die im Bezirk bestehenden Einrichtungen in ihrem Bestand gesichert und gefördert werden.

### **Lärmschutz ist Gesundheitsschutz**

Verkehrslärm ist ein Faktor, der die Wohnqualität in großen Bereichen unseres Bezirks, und damit die Gesundheit der Bewohnerinnen und Bewohner, stark negativ beeinflusst. Umfassende Lärmschutzmaßnahmen an der A24 und A1, der B5 und B4/75 könnten für Teile Billstedts und Wilhelmsburgs relevante Entlastungen bringen. Dies liegt im Aufgabenbereich des Bundes, da es sich um Bundesfernstraßen handelt. An Hauptverkehrsstraßen, die zugleich bedeutsame Wohnstraßen sind, sollte die Wohnqualität durch Lärmschutzmaßnahmen verbessert werden. Wo Lärmschutzmaßnahmen nicht möglich sind, muss die zulässige Geschwindigkeit beschränkt werden - hier ist der Senat gefordert!

Wir sprechen uns gegen den Anstieg lärmintensiver Veranstaltungen in der Innenstadt - wie z.B. die Harley Days, Autorennen etc. - aus, da diese die Wohnqualität verschlechtern und der Belebung der Innenstadt durch mehr Wohnen für Familien entgegenstehen. In Wohnquartieren muss ein sinnvoller Ausgleich zwischen Vitalität und Ruhe gefunden werden.

### **Förderung der Nahversorgung und der lokalen Wirtschaft**

Ein weiterer Punkt, der für die Lebensqualität in den Stadtteilen wichtig ist, ist die Versorgung mit den Gütern des täglichen Lebens. In vielen Stadtteilen gibt es keinen funktionierenden Einzelhandel mehr, die "kleinen Einkaufszentren" werden durch die Märkte auf der grünen Wiese am Stadtrand und durch die großen innerstädtischen Einkaufszentren verdrängt. Dadurch werden alle Einwohnerinnen und Ein-

wohner ohne eigenes Fahrzeug oder mit eingeschränkter Mobilität (Seniorinnen und Senioren, Familien mit kleinen Kindern, Kranke) benachteiligt. Wir streben danach, das Angebot der lokalen Versorgung aufrechtzuerhalten und wollen dafür die dem Bezirk zur Verfügung stehenden Möglichkeiten einsetzen. Spielhallen, Wettbüros und Sonnenstudios sind Mietpreistreiber für Gewerbeimmobilien - wir wollen diesem Treiben durch Bebauungspläne Einhalt gebieten. Ein Minimalangebot (z.B. Bäcker, Kiosk, Café) muss in den Stadtteilen auf jeden Fall aufrechterhalten werden.

Gerade das zunehmende Durchschnittsalter unserer Gesellschaft legt einen neuen Fokus auf die Nahversorgung, die ohne Kraftfahrzeug oder öffentlichem Nahverkehr erreichbar sein soll. Immer mehr Menschen wollen so lange wie möglich "zu Hause leben", weil sie sich in gewohnter Umgebung wohler fühlen und es auch deutlich preiswerter ist als die Heimversorgung. Das klappt aber nur, wenn sie sich auch in der Nähe ihrer Wohnung versorgen können. Was gut ist für alte Menschen ist auch gut für Familien mit kleinen Kindern, denn deren Mobilitätseinschränkungen sind ganz ähnlich! Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass das Gebiet des "Seniorenkonzeptes Luisenhofstieg" zum Papyrus-Center hin erweitert wird. Dort gibt es ein funktionierendes kleines Einkaufszentrum mit Discounter und den U-Bahnhof, der mit einem Aufzug ertüchtigt werden soll. Dort wollen wir die "Renaissance der kleinteiligeren Versorgung" in Hamburg-Mitte erreichen.

Die Ergebnisse der in der laufenden Legislaturperiode erstellten Gutachten über die Stadtteilzentren von Billstedt und Horn wollen wir nutzen, um die Entwicklung dieser Zentren einerseits als Standorte des Einzelhandels und andererseits als "fühlbare Zentren" der Stadtteile voranzubringen. Der Entwicklungsraum Billstedt/Horn im Rahmen der Aktiven Stadtteilentwicklung, die "Schau nach Osten", bietet dafür den geeigneten Rahmen. In Horn ergibt sich durch den Umbau der Rennbahn zu einer kombinierten Galopp- und Trabrennbahn ein weiterer Anschlag zur kreativen Neugestaltung des Zentrums dieses Stadtteils.

Am Neuen Wall haben wir gute Erfahrungen mit dem Instrument des "Business Improvement District" (BID) bei der Um- und Neugestal-

tung dieser wichtigen Einkaufsstraße gemacht. Ein Vergleich mit der Parallelstraße Große Bleichen macht dies deutlich. Wir wollen dieses Instrument auch in anderen geeigneten Gebieten zum Einsatz bringen, sind uns aber bewusst, dass es kein Allheilmittel ist. Eine zunehmende Privatisierung des öffentlichen Raums, dessen Nutzung dann nur noch an Geschäftsinteressen ausgerichtet wird, wollen wir verhindern. Wenn innerhalb eines Gebietes nicht nur Gewerbe- sondern auch Wohnnutzung existiert, muss sichergestellt werden, dass es nicht über die Umlage der Kosten für die Maßnahmen auf die (Wohnungs-)Mietnebenkosten es zu extremer Verteuerung des Wohnraums und damit der Verdrängung der Bevölkerung kommt.

### **Kein Entsorgungspark Ost**

Wenig erfreulich sind die Planungen der HPA, das Altpülfeld in Kirchsteinbek erneut in Betrieb zu nehmen und etwa 15 Jahre lang als zentrale Deponie für den ausgebaggerten Hafenschlick zu nutzen, und dies direkt neben dem größten Stadtteilentwicklungsprojekt der Bundesrepublik. Wir sind der Meinung, dass es keinen Automatismus geben darf, diese Fläche nur deshalb zu nutzen, weil es die einzige ist, die sich im Besitz von HPA befindet. Mit der Sondermüllverbrennungsanlage AVG, der Müllverbrennungsanlage, der Altholzverbrennungsanlage und einer Vielzahl von Müllsortier- und -verwertungsbetrieben in Billbrook konzentriert sich die Entsorgungsbranche im Osten unseres Bezirkes. Dies darf durch eine Hafenschlickdeponie nicht noch verschlimmert werden. Wir wollen stattdessen eine Umgestaltung des Altpülfelds Kirchsteinbek zu einem wohnortnahen Grün- und Erholungsgebiet für Billstedt und Mümmelmannsberg.

### **Soziale Dienstleistungen**

Wir setzen uns dafür ein, dass soziale Dienstleistungen weiterhin wohnortnah vorgehalten werden. Dies betrifft nicht nur die Möglichkeit, einen Pass oder Transferleistungen (ALG II) zu beantragen, sondern vor allem auch, dass Beratungs- und Betreuungsleistungen erreichbar sind. Hier geht die Verwaltungsreform des CDU-Senats gerade in die falsche Richtung: die Abschaffung der Ortsämter und die zu-

nehmende Zentralisierung öffentlicher Dienstleistungen hängt immer mehr Stadtteile ab und ist von uns nie unterstützt worden!

## **Zusammenleben**

Wir Grüne betrachten Vielfalt als Chance. Mitte ist deswegen für uns ein Stadtteil mit vielen Potenzialen. Sicher: Akzeptanz fällt nicht vom Himmel. Sie muss gelebt werden. Die Politik hat die Aufgabe, für gegenseitigen Respekt zu werben und gegen Intoleranz und Abgrenzung einzuschreiten - ganz gleich, von welcher Seite.

Deswegen wenden wir Grüne uns auch entschieden gegen den in Hamburg wieder stärker werdenden Rechtsextremismus. Neonazi-Organisationen wie das "Aktionsbüro Norddeutschland" organisieren die Szene, der vorbestrafte Jürgen Rieger ist Landesvorsitzender der NPD geworden. Das zeigt: Der Rechtsextremismus wird wieder zu einem ernsthaften Problem.

Die Verwaltung des Bezirks Hamburg-Mitte wollen wir stärker nach dem Grundsatz von Vielfalt gliedern. Wir sprechen uns daher für die Entwicklung eines Diversity-Leitbilds, das ausdrücklich Herkunft und sexuelle Identität mit einschließt, für das Bezirksamt Hamburg-Mitte aus. Wir unterstützen den Gedanken, eine Landesstelle für Antidiskriminierung zu schaffen.

## **Schwule und Lesben in Mitte**

Der Bezirk Mitte ist Heimat für viele Lesben und Schwule. Das finden wir gut und wollen wir weiter ausbauen. Schwul-lesbische Wohnprojekte werden wir deswegen weiterhin fördern. Wir wollen auch die schwul-lesbische Infrastruktur weiter stärken. Geschäfte, Cafés, Bars, Ärzte und Anwälte sind ein wichtiger Teil der Community. Wir wollen ihre Ansiedlung im Bezirk Mitte ausdrücklich fördern.

Viele wichtige Einrichtungen der lesbisch-schwulen Subkultur haben ihren Sitz in Mitte: Hein & Fiete, Intervention e. V. mit dem Junglesbenzentrum, die AIDS-Hilfe, Basis e. V., Hamburg Leuchtfener. Das wollen wir weiter fördern. Gleiches gilt für den Christopher-Street-Day, der mit starker Unterstützung durch den Bezirk Mitte zu den

wichtigen Ereignissen im Bezirk gehört. Die Anliegen von Schwulen und Lesben sind weiterhin von zentraler Bedeutung. Deswegen sprechen wir uns gegen eine Kommerzialisierung dieses Ereignisses aus.

Unter Jugendlichen gibt es vermehrt Akzeptanzprobleme gegenüber Schwulen und Lesben. Wir wollen die Jugendarbeit gezielt für eine bessere Erziehung zu Akzeptanz nutzen. Immer mehr gleichgeschlechtliche Paare leben mit Kindern zusammen, den so genannten Regenbogenfamilien. Ihre besonderen Anliegen wollen wir in der Familienarbeit stärker berücksichtigen.

Wir Grüne unterstützen das Projekt, vermehrt Stolpersteine für homosexuelle NS-Opfer zu verlegen. Wir setzen uns für die Benennung einer Straße nach dem im Dritten Reich verfolgten Tenor Hans Grahl ein. In Stadtteilen, in denen es offene Ablehnung gegenüber Schwulen und Lesben gibt, setzen wir uns für den Schutz der Betroffenen und die offene und aktive Auseinandersetzung mit den Ursachen ein.

### **Zusammenleben von Kulturen**

Schlüssel für das Zusammenleben der Kulturen ist eine ernst gemeinte Integrationspolitik. Das heißt: Einseitige Forderungen nach Anpassung führen nicht zum Ziel. Integration ist ein gegenseitiger Prozess basierend auf gleichen Rechten und Pflichten der Zuziehenden und der aufnehmenden Gesellschaft, der auf die umfassende Partizipation der Einwanderinnen und Einwanderer abzielt. Bestandteile einer ernsthaften Integrationspolitik sind deswegen rechtliche Gleichstellung, politische Teilhabe, der Abbau struktureller Benachteiligungen und die Verbesserung von Chancen vor allem durch Bildung auf der einen Seite, das Bemühen, diese Teilhabe an der offenen und pluralen Gesellschaft anzunehmen, auf der anderen Seite.

### **Ein gewählter Ausländerausschuss in der Bezirksversammlung**

Bisher haben die ca. 190.000 Nicht-EU-Ausländer in Hamburg keine politische Teilhabe an der Kommunalpolitik, während die ca. 67.000 Bürger aus anderen EU-Staaten immerhin an den Bezirkswahlen teilnehmen können. Eine Ausweitung des kommunalen Wahlrechtes auch auf EU-Ausländer ist nur mit einer Grundgesetzänderung mög-

lich, für die die politischen Mehrheiten bisher nicht zustande gekommen sind.

Gerade im Bezirk Mitte leben aber nun mit über 45.000 die meisten Bürgerinnen und Bürger ohne EU-Pass und sind so von der Kommunalpolitik ausgeschlossen. Das wollen wir Grüne ändern. Die in fast allen Bundesländern existierenden Ausländerbeiräte haben mit ihrer Parallelstruktur zu den kommunalen Gremien bisher nur mäßigen Erfolg. Wir wollen daher prüfen, ob ein im Rahmen der Bezirksversammlungswahlen von Bürgerinnen und Bürgern ohne EU-Pass gewählter Ausländerausschuss eine bessere Einbeziehung in die kommunalen Belange ermöglicht. Dieser Ausschuss hat eine beratende Funktion und kann zu allen kommunalen Beratungspunkten Stellung beziehen.

Durch gezielte Fördermaßnahmen im Bezirk Mitte wollen wir Jugendliche mit Migrationshintergrund über ihre Möglichkeiten in Berufen als Erzieherinnen und Erzieher, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen sowie als Lehrerinnen und Lehrer, aber auch über Tätigkeiten in der öffentlichen Verwaltung, informieren. Ziel ist es, die Mischung der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen auch im öffentlichen Dienst abzubilden und auf diesem Weg Vorbilder und Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner zu schaffen.

Es darf kein Kind auf der Strecke bleiben. Bildung ist nicht nur ein Menschenrecht, sondern diese Menschen bringen mit ihren eigenen kulturelle Erfahrungen und unterschiedlichen Sichtweisen gerade in einer Wissensgesellschaft eine Bereicherung des kreativen Prozesses mit sich. Besonders im Bereich der frühkindlichen Bildung muss hier angesetzt werden. Denn spätere Sprachbarrieren und damit oft Probleme in der Schule und auf dem Arbeitsmarkt können hier rechtzeitig angegangen werden. Gleichzeitig stellen Kitas und Schulen einen niedrigschwelligen Zugang zu den Eltern dar, den es zu nutzen gilt. Aus diesem Grund müssen sich die Schulen zum Stadtteil weiter öffnen und dort auch soziale Angebote angesiedelt werden.

Gegenüber allen Religionsgemeinschaften setzen wir uns für die Akzeptanz von Minderheiten, die Selbstbestimmung und Gleichberechtigung von Frauen sowie gegenseitigen Respekt ein.

---

## Mobile Mitte

---

Im Zentrum grüner Verkehrspolitik für den Bezirk Mitte steht der faire Umgang aller Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer miteinander. Auch der Klimaschutz spielt eine entscheidende Rolle. Der private PKW sollte dabei nicht mehr das Verkehrsmittel erster Wahl sein. Rund ein Viertel des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes stammt aus dem Verkehrssektor. Wir unterstützen deshalb die Bestrebungen der GAL auf Landesebene, für einen dicht besiedelten Kernbereich der City, der auch größere Teile des Bezirks Mitte umfassen dürfte, eine City-Maut und eine Umweltzone einzuführen. Ziel der Maut soll es sein, eine spürbare Reduzierung der Verkehrsmengen, der umweltschädlichen Emissionen und des Lärms sowie eine Verbesserung des Verkehrsflusses aller Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer zu erreichen. Hier darf auch der Hafen zwischen Innenstadt und Wilhelmsburg keine Ausnahme bilden. Gerade eine Großstadt wie Hamburg bietet ein hervorragendes Potenzial, auch ohne ein Auto umweltschonend „Entspannt Mobil“ zu sein.

Wir haben deshalb zwei Schwerpunkte gesetzt, diese Ziele umzusetzen. Der eine setzt auf eine stärkere gemeinsame Nutzung des öffentlichen Straßenraumes unter dem Motto "Platz für alle". Der andere will vor allem die bisher benachteiligten Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer, also in erster Linie Radfahrerinnen und Fußgänger, fördern.

### Platz für alle

Mit dem neuen Ansatz von „Shared Space“ wollen wir den öffentlichen Straßenraum umgestalten. Ganze Plätze sind unter den Automassen regelrecht „begraben“: Wir wollen diesen Raum für Fußgängerinnen und Fußgänger, Radfahrerinnen und Radfahrer, zum Flanieren

ren, Spielen und als Lebensraum zurückerobern. Auto, Fahrrad und Fußgängerinnen und -gänger nutzen den Raum gemeinsam und gleichberechtigt. Beispielhaft hierfür ist die Umgestaltung der südlichen Karolinenstraße, wo ein großer neuer Platz Bewegungsfreiheit schafft, den Verkehrslärm verringert und die Gastronomie aufblühen lässt.

Für dieses Konzept konnten wir auch bereits die Anwohnerinnen und Anwohner sowie Gewerbetreibenden im Bereich der Langen Reihe begeistern. Im Zentrum der gemeinsamen Planungen stehen dabei mehr Rücksichtnahme und Blickkontakt. Beispiele aus anderen europäischen Städten zeigen, so lassen sich mehr Sicherheit und eine höhere Aufenthaltsqualität miteinander verbinden.

Bemerkenswert ist, dass nur rund 60% aller Hamburger Haushalte ein Auto besitzen, in den dicht besiedelten Bereichen der Innenstadt sind es sogar weniger als die Hälfte. Dennoch dominieren Kraftfahrzeuge den öffentlichen Straßenraum bis in die kleinste Nebenstraße sowohl für fahrende, als auch für abgestellte Autos. Das Verhältnis zwischen Verkehr und Verweilen muss neu ausgerichtet werden.

Dieser Ansatz öffnet auch eine neue Möglichkeit, den Konflikt bei Sondernutzungen zu entschärfen. Denn durch von der Gastronomie unter freiem Himmel aufgestellte Tische und Stühle wird einerseits die Aufenthaltsqualität gesteigert. Andererseits kann so der Platz auf Rad- und Fußwegen zu sehr eingeschränkt werden. Wo der Platz nicht ausreicht, muss sich die Gastronomie an die bestehenden Platzzuweisungen halten. Alternativ muss auch geprüft werden, ob durch eine Umgestaltung des Straßenraumes hin zu breiteren Fuß- und Radwegen beide Interessen vereint werden können.

Trotz dieser Maßnahmen muss es auch Platz für die Autos, insbesondere der Anwohnerinnen und Anwohner, geben. Dabei gibt es zum einen die Möglichkeit von Quartiersgaragen und die Doppelnutzung gewerblicher Stellplätze. Andererseits müssen in Bereichen mit einem hohen Anziehungspotential darüber hinaus Anwohnerparkzonen eingerichtet werden. Beispielsweise in St. Pauli und dem Karo Viertel sowie in Bereich der Sievekingsallee in Hamm können dadurch die Park-



probleme für Anwohnerinnen und Anwohner vermindert werden. Gleichzeitig wird ein deutliches Zeichen dagegen gesetzt, diese mit dem ÖPNV bereits heute gut angebundenen Bereiche mit dem Auto anzufahren. Dazu gehört auch eine intensive Parkraumbewirtschaftung beispielsweise in der Innenstadt. Der Stadt und dem Bezirk entgehen durch nicht gezahlte Parkgebühren Millionenbeträge im Jahr.

### **Besser mobil – auch ohne Auto**

Grünes Ziel für die Stadt ist eine Verdoppelung des Radverkehrs auf 20 Prozent bis 2012. Wir als Grüne im Bezirk Mitte wollen dieses Projekt nach Kräften unterstützen, wo wir die Verkehrsplanung beeinflussen können. Grundsätzlich müssen sinnvolle Fuß- und Radverkehrsverbindungen durch den Bezirk führen, die darüber hinaus in einem ordentlichen Zustand sind.

Für Radfahrerinnen und Radfahrer ist die Nutzung der Fahrbahn objektiv betrachtet um einiges sicherer als Radwege. Allerdings ist das subjektive Sicherheitsempfinden vieler Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrer größer, wenn sie einen Radweg benutzen können, der baulich von der Fahrbahn abgesetzt ist. Die komfortabelste und sicherste Möglichkeit ist daher der Fahrradstreifen, der von der Fahrbahn abmarkiert wird. Dabei können sich Fahrrad- und Autofahrerinnen bzw. -fahrer gegenseitig besser sehen, womit das Risiko von Unfällen deutlich gemindert wird. Diese abmarkierten Streifen sind wie Radwege auch Radverkehrsanlagen, die gesetzliche Anforderungen erfüllen müssen. Die Vorteile dieser Lösung bestehen darin, dass zum Fahrradfahren ein Stück gut ausgebauter Fahrbahn benutzt werden kann, dessen „Ausbaustandard“ in der Regel von keinem Radweg erreicht wird. Auch Konflikte zwischen Radfahrerinnen und Fußgängern könnten dadurch verhindert werden. Wo ein Fahren auf der Fahrbahn nicht möglich ist, müssen Radwege in einem ordentlichen Zustand sein und die gesetzlichen Vorgaben einhalten.

Für Radfahrerinnen und Radfahrer wollen wir auch ausreichend Abstellmöglichkeiten und Fahrradbügel im Bezirk, so dass man sein Rad überall sicher abstellen und anschließen kann. Besonders öffentlich intensiv genutzte Gebäude, wie beispielsweise der Hühnerposten mit

der Zentralbibliothek, müssen hier mit einem guten Beispiel voran gehen. Darüber hinaus wollen wir uns für einen Ausbau der Velorouten einsetzen. Leider ist es unter dem schwarzen Senat zu einem Stillstand gekommen. Attraktive Strecken, wie eine durchgehende Radverbindung vom Alten Elbtunnel zum Reiherstieg, müssen endlich entsprechend aufgewertet werden.

Fußgängerinnen und Fußgänger sollen im Bezirk Mitte attraktive Verbindungen vorfinden. Das auf grüne Initiative eingerichtete Fußwegeleitsystem wollen wir ausbauen und durch attraktive Wanderwege im Bezirk ergänzen. Wichtig sind beispielsweise fußläufige Verbindungen von der Innenstadt in die Hafencity. Diese Verbindungen müssen barrierefrei gestalten werden, ebenso wie die Zugänge zum Öffentlichen Personennahverkehr, hier gibt es bei einigen U- und S-Bahnhöfen dringenden Nachholbedarf. Barrierefreiheit kommt nicht nur Menschen mit Behinderungen zugute, sondern auch Familien mit Kinderwagen und ältere Menschen profitieren davon.

Kreuzungen, Ampelanlagen und Überwege müssen regelmäßig darauf überprüft werden, ob sie den Sicherheitsstandards genügen. Durch Wandel in den Bevölkerungsstrukturen kann sich auch die Bewertung ändern. Insbesondere für Kinder kann eine Kreuzung oder ein Überweg enorme Sicherheitsrisiken bergen, diese gilt es rechtzeitig zu erkennen und zu minimieren. Wir wollen ein solches Sicherheitsaudit für alle Bauvorhaben im Straßenbereich verbindlich vorschreiben.

### **Sprung über die Elbe**

Insbesondere der "Sprung über die Elbe" muss auch durch den ÖPNV weiter erleichtert werden. Die Stummel-U-Bahn in die HafenCity bringt die Menschen auf Veddel und Wilhelmsburg kein Stück näher an die Stadt heran. Die von Senat und Hochbahn versprochene Weiterführung der U4 bis Harburg wird nicht realisiert werden, weil die Kosten von mindestens 1 Milliarde Euro für diese Strecke auch mittelfristig den Etat Hamburgs überfordern. Wir wollen deshalb die moderne Stadtbahn in Hamburg einführen und mit ihr auch den ÖPNV-Anschluss der Wohngebiete Wilhelmsburgs und Harburgs realisieren. Diese Lösung ist nicht nur günstiger, sondern auch viel attraktiver. Ein

HVV-Ticket von der Elbinsel in die Innenstadt darf nicht teurer sein als nach Harburg.

Die bisher bekannten Planungen des Senates zur Hafenuferspange lehnen wir ab, denn sie konterkariert die Ziele der Stadtentwicklung in diesem Bereich. Für jede neue Straßenverbindung hier muss gelten, dass die städtebaulichen Verbesserungen und der "Sprung über die Elbe" nicht beeinträchtigt werden. Der Schutz der Wohnbevölkerung in diesen Bereichen vor Lärm und Schadstoffbelastung ist uns dabei ein wichtiges Anliegen.

---

## Beteiligung in Mitte

---

### Selber aktiv werden

Unser Bezirk braucht freiwilliges Engagement von Bürgerinnen und Bürgern zur Lösung vielfältiger Probleme und zur Nutzung der vielfältigen Entwicklungsmöglichkeiten. Sowohl Probleme als auch Potenziale und Chancen werden häufig erst „vor Ort“ erkannt. Um dem Rechnung zu tragen, bedarf es der Förderung von Beteiligungsmöglichkeiten. Viele Menschen wollen sich konkret vor Ort engagieren und ihre Umgebung mitgestalten; dies ist für sie wichtig, um sich im eigenen Stadtteil wohlfühlen und sich mit ihm zu identifizieren. Die "Aktive Stadtteilentwicklung" bietet dafür geeignete Möglichkeiten. Wir haben uns stets dafür eingesetzt, bei diesen Maßnahmen der Stadterneuerung eine wirkliche Beteiligung der Einwohnerinnen und Einwohner zu ermöglichen, damit diese die Möglichkeit erhalten, ihr unmittelbares Lebensumfeld aktiv mitzugestalten. Die Stadtteilbeiräte wurden durch uns gestärkt. Die Erfahrungen der letzten Jahre, z.B. in der Horner Geest, machen deutlich, dass es in vielen Stadtteilen gelingt, Engagement vor Ort zu initiieren und zu verstetigen. Maßnahmen der Wohnumfeldverbesserung sind geeignete Anknüpfungspunkte dafür. Wichtig ist dabei jedoch, dass nicht nur einmalig Gelder für Baumaßnahmen bereitgestellt werden, sondern auch der Unterhalt dauerhaft sichergestellt wird. Dafür setzen wir Grünen uns ein! Nur dadurch, dass finanzielle Mittel bereitgestellt werden, mit denen etwas

geschaffen werden kann, lässt sich auch in schwierigen Nachbarschaften bürgerschaftliches Engagement anregen und verstetigen, denn Gestaltungsmöglichkeiten schaffen Engagement!

Die Abschaffung des Beirates in Wilhelmsburg lehnen wir ab. Gerade jetzt, wo es mit den Vorbereitungen zur IBA und IGA richtig losgeht, und die CDU-Mehrheit die Abschaffung der Ortsämter und Ortsausschüsse beschlossen hat, ist es wichtig ein etabliertes, ortskundiges und anerkanntes Beteiligungsgremium für die Bevölkerung zu erhalten. Wir werden uns deshalb dafür einsetzen, dass der Beirat Wilhelmsburg beibehalten wird. Wir setzen uns dafür ein, dass auch Menschen ohne deutschen Pass in den Stadtteilbeiräten mitwirken und entsprechend ihres Anteils in der Bevölkerung vertreten sind. In den Ausschüssen der Bezirksversammlung wollen wir "Nicht-EU-Ausländer", die kein kommunales Wahlrecht haben, durch Kooptation (Hinzuwahl) beteiligen.

Wir setzen uns für die Schaffung einer Ombudsstelle für Probleme mit der Bürokratie ein. Diese soll Anlaufstelle sein, zu helfen versuchen, Ansprechstellen vermitteln und die Probleme an die Leitung des Bezirksamts und den Ausschuss für Haushalt- und Wirtschaftsförderung melden.

Den ehrenamtlichen Einsatz von Bürgerinnen und Bürgern wollen wir nicht reglementieren, sondern unterstützen. Baum- und Grünflächenpatenschaften sind dafür Beispiele, aber auch Projekte, die das generationsübergreifende gemeinsame Leben und Lernen fördern, wie z.B. "Senioren lesen Kindern vor".

### **Junge Menschen gestalten ihre Umwelt**

Die öffentliche Verwaltung hat den Gesetzesauftrag, bei allen bezirklichen Planungen, die auf die Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen und deren Familien gestaltend Einfluss nehmen, den Jugendhilfeausschuss frühzeitig zu beteiligen, insbesondere bei der Verkehrsplanung und Verkehrsregelung, der Stadtentwicklung und Stadterneuerung, der Planung von Grün- und Spielflächen sowie Sportanlagen und der Wohnungsbauplanung. Regelmäßig wird die Beteili-

gung von Kindern und Jugendlichen durch die Beteiligung des Jugendamtes "ersetzt". Wir wollen das ändern und in der Bezirksversammlung neue Ideen für geeignete Verfahren entwickeln. Besonders wichtig ist uns, dass im Bereich der Jugendhilfe die jungen Menschen, die von den Beschlüssen des Jugendhilfeausschusses betroffen sind, vorher an den Beratungen beteiligt werden. Wir wollen uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass die Nutzerinnen und Nutzer der bezirklichen und freien Jugendhilfeeinrichtungen an der Planung der Angebote dieser Einrichtungen mitwirken können.

Bei den Beratungen der Verwaltungsreform in der Bürgerschaft konnte die GAL, obwohl sie mit vielen Punkten des CDU-Gesetzentwurfs nicht einverstanden ist, einen wichtigen Punkt zur Stärkung der Beteiligungsrechte junger Menschen erreichen: Im Bezirksverwaltungs-gesetz wurde nun verankert, dass Jugendliche ab 16 als kooptierte (hinzugewählte) Mitglieder in den Ausschüssen der Bezirksversammlungen ein teilweises "passives Wahlrecht" haben. Unser eigentliches Ziel, das volle aktive und passive Kommunalwahlrecht ab 16, das in allen benachbarten Bundesländern existiert, war mit der Hamburger CDU und Ole von Beust leider nicht zu erreichen. Wir haben aber noch weitergehende Pläne:

- Wir wollen überparteiliche Jugendräte in allen Bezirken gründen. Hier sollen sich Jugendliche aktiv und ohne Parteibindung beteiligen können.
- Eine Servicestelle soll geschaffen werden, um junge Menschen über politische Beteiligungsmöglichkeiten zu informieren

### **Mehr Beteiligung durch moderne Medien**

Jede Verwaltung, und damit auch das Bezirksamt, lebt nicht um seiner selbst willen, sondern um öffentliche Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger zu erbringen. Eine ganz wichtige Dienstleistung ist die Bereitstellung von Informationen! Informationen über und aus dem Bezirksamt und den Bezirksverwaltungen sollen schnell, aktuell und leicht zugänglich angeboten werden. Ein "virtuelles Bürgerhaus" im Internet, in dem schnell erkannt werden kann, wer was macht, und in dem über thematische Briefkästen Anliegen, Anregungen und An-

träge abgegeben werden können, das sind für uns Bestandteile eines zeitgemäßen Dienstleistungsangebotes. Wichtig ist dabei natürlich auch eine ansprechendere, ergonomische und barrierefreie Gestaltung der Internetpräsenz des Bezirksamtes. Dies wollen wir vorantreiben, im Bezirk etablieren und allen zur Verfügung stellen. Um mehr Interesse für die Bezirkspolitik anzuregen, sind wir dafür, die Sitzungen der Bezirksversammlung als "Webcast" im Internet zu übertragen. Elektronische Medien dürfen jedoch nicht der einzige Weg zur Informationsverteilung sein. Nicht jede Bürgerin oder jeder Bürger ist "im Netz", deshalb halten wir öffentlich und kostenfrei zugängliche Terminals, die die Nutzung von "hamburg.de" und weiteren Info- und Serviceangeboten erlauben, im Bezirksamt, seinen Servicezentren und den öffentlichen Bücherhallen für dringend notwendig.

Das Internet kann nicht nur zur Informationsverbreitung genutzt werden, es bietet sich auch an, um eine umfassendere Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern bei Planungsvorhaben zu organisieren. Für die bezirkliche Praxis sehen wir Anwendungsmöglichkeiten im Bereich der Bauleitplanung: Die öffentliche Plandiskussion könnte durch den "Aushang" der Pläne im Internet und das Sammeln von Kritik und Anregung vorbereitet und ergänzt werden. Ein moderierter Prozess ist dafür notwendig, auch wegen der sehr engen Auslegung der Haftungsfrage durch Hamburger Gerichte. Ein Beteiligungsprozess im Internet kann aber nur ergänzende Maßnahme zu den gesetzlich vorgeschriebenen Verfahren sein; die "online gesammelten" Anregungen und Kritiken sollen aber in den förmlichen Prozess eingebracht werden. Die öffentliche Auslegung und die öffentliche Plandiskussion sollen hierdurch nicht ersetzt werden. Da dem Bezirk für solche Vorhaben bisher keine Mittel zur Verfügung stehen, schlagen wir eine versuchsweise Umsetzung bei vorhabenbezogenen Bebauungsplänen vor - die Kosten gehen dann zu Lasten der Investoren, die das Verfahren betreiben und bezahlen.

---

## Was wir in den Stadtteilen vorhaben

---

### Billstedt, Mümmelmannsberg & Billbrook

Wir wollen

- die Entwicklung des Billstedter Zentrums voranbringen,
- die Gesundheitsversorgung in den Stadtteilen sicherstellen,
- die geplante Nutzung des Spülfeldes in Kirchsteinbek verhindern,
- das Seniorenkonzept Luisenhofstieg zum Papyrus-Center hin erweitern,
- uns für die Verbesserung des Lärmschutzes an Autobahnen und Bundesstraßen (A1, A24, B5) einsetzen,
- die Gesamtschule Mümmelmannsberg als Magnetschule entwickeln,
- eine Anbindung des Öjendorfer Parks mit öffentlichem Personennahverkehr schaffen,
- für die Fertigstellung der Jugendfreizeitfläche am Jenkelweg / Sportplatz von Vorwärts Wacker sorgen und
- das Schulgrundstück Oststeinbeker Weg als Wohngebiet entwickeln.

### Finkenwerder

Wir wollen

- uns dafür einsetzen, dass die Ortsumgehung endlich realisiert wird,
- die Altstadt verkehrsberuhigen,
- die Nahversorgung stärken durch Ansiedlung am Kutterhafen und die Werftbetriebe sichern (vgl. Memorandum Finkenwerder),
- den öffentlichen Personennahverkehr ÖPNV verbessern, durch Fährverkehr auch am Abend und die Beschleunigung der Busverbindungen,
- die Schulstandorte im Stadtteil sichern und

- neue Wohnstandorte schaffen und das ökologische Bauen fördern (Bebauungsplan Fi 32).

## **HafenCity**

Wir wollen

- die HafenCity zu einem lebendigen, zukunftsgerichteten Stadtteil für alle Hamburgerinnen und Hamburger machen,
- sichere Rad- & Fußwege planen und schaffen,
- uns für mehr ökologische Büro- und Wohngebäude stark machen,
- dafür sorgen, dass eine Landstromversorgung am Kreuzfahrtterminal geschaffen wird,
- dass Baugemeinschaften in der HafenCity stärker berücksichtigt werden, und dass mehr Wohnungen gebaut werden, die sich auch Normalverdienende und Familien leisten können,
- das kulturelle Zwischennutzungen von Flächen ermöglicht werden,
- den Gedenkort Lohseplatz und das umliegende Wohngebiet entwickeln und
- den ökologischen Neubau des Stadtteils durchsetzen und sichern. Positive Ansätze dafür sind die neue HafenCity-Universität, die Greenpeace-Zentrale, ökologische familienorientierte Wohnprojekte wie die „Hafenliebe“ und andere. Diese Ansätze müssen wir ausbauen, beispielsweise durch Passivhäuser, Solardächer und eine Energieversorgung aus regenerativer Kraft-Wärmekopplung.

## **Hamm & Borgfelde**

Wir wollen

- die positive Entwicklung dieser Stadtteile weg von reinen Schlafstadtteilen hin zum lebendigen Ort für Familien und Singles; bezahlbare Wohnungen müssen es auch bleiben!
- die kreativen Treffpunkte in Hamm und Borgfelde, wie z.B. die Baderanstalt oder das Sprechwerk, mit gastronomischen Treffpunkten unterstützen, in dem die Genehmigungen für Gastronomie wohlwollend begleitet werden,



- den Kulturladen Hamm bei der Suche nach einem attraktiveren Standort unterstützen und
- die Radwegsbenutzungspflicht auf dem Hammer Steindamm und der Borgfelder Straße aufheben.

Wir Grüne haben mit dafür gesorgt, dass die Grünfläche hinter dem Friedhof Hammer Kirche als Hundenauslaufzone ausgewiesen wurde.

## **Horn**

Wir wollen

- dass die Horner Rennbahn zur Kombirennbahn umgestaltet wird,
- dass Horn wieder einen Mittelpunkt bekommt, in dem die Zentrumsentwicklung vorangetrieben und nicht durch die Verschleppung der Kombirennbahn-Planung durch den CDU-Senat verzögert wird,
- dass ein Stadtteilhaus gebaut wird und setzen uns dafür aktiv ein,
- die Evangelische Hochschule erhalten und
- das Gelände des ehemaligen Gymnasiums St. Georg mit verträglichem Wohnungsbau entwickelt wird.

## **Innenstadt**

Wir wollen

- mehr bezahlbaren Wohnraum für Familien und Singles schaffen und die Lebensqualität verbessern,
- die Soziale Erhaltensverordnung für die südliche Neustadt verlängern und die bauliche Erhaltensverordnung Innenstadt durchsetzen,
- ein Nutzungskonzept für die Buden am Großneumarkt erstellen,
- den Zeughausmarkt neu überplanen, um den Platzcharakter stärker herauszustellen,
- den Buchardplatz neu gestalten und autofrei machen,
- vermehrt Fahrradbügel aufstellen, insbesondere in den Wohnstraßen und an der Zentralbücherei am Hühnerposten,

- dass Einbahnstraßen für den Radverkehr in beide Richtungen freigegeben werden,
- Grünflächen in den Stadtteilen erhalten bleiben und neue geschaffen werden und
- eine Fußgängerverbindung zwischen Mönckebergstraße und HafenCity gebaut wird.

## **Rothenburgsort**

Wir wollen

- die Umgestaltung des Marktplatzes endlich umsetzen und uns für die Errichtung des Stadtteilhauses einsetzen,
- eine Radwegverbindung von der Innenstadt nach Rothenburgsort, wasserseitig am Großmarktgelände vorbei, herstellen,
- die Insel Kaltehofe im Sinne des Agenda-Ergebnisses entwickeln, ohne dass dort ein Großparkplatz entsteht,
- die Voraussetzungen für Wohnungsbau gegenüber Entenwerder schaffen,
- Baugemeinschaften bei der Entwicklung unterstützen und den Bau bezahlbaren Wohnraums für Familien und Singles fördern und
- die Umwandlung des Huckepackbahnhofs als Entwicklung für Rothenburgsort nutzen.

## **St. Georg**

Wir wollen

- uns dafür einsetzen, dass bezahlbarer Wohnraum für Familien und Singles geschaffen wird,
- Baugemeinschaften unterstützen,
- uns für Integration und Toleranz einsetzen,
- in der Langen Reihe als erster Hamburger Straße „Shared Space“ einführen,
- eine bauliche Erhaltensverordnung für St. Georg erlassen,

- den Hansaplatz offen gestalten und uns gemeinsam mit den Bürgerinitiativen vor Ort gegen die Videoüberwachung des Platzes einsetzen,
- das Quartier von der Alster her öffnen,
- den Steindamm entwickeln und dort und in den Nebenstraßen einen Teil der Parkplätze nutzen, um Grünflächen, breitere Bürgersteige und Fahrradwege zu schaffen, damit die „Autobahnschneise“ und die damit verbundene Trennung des Stadtteils optisch und real abgebaut wird,
- die Entwicklung des Hochschulcampus der HAW am Berliner Tor unterstützen und
- uns für die Ausweisung des Münzplatzviertels als Themengebiet aktiv einsetzen.

## **St. Pauli**

Wir wollen

- die Gebietsreform mit der Aufteilung des Schanzenviertels rückgängig machen, denn die Schanze gehört zu St. Pauli,
- das Ex-Wal-Mart Gelände stadtteilverträglich neu entwickeln,
- Gebiete des Anwohnerparkens im Bereich der Reeperbahn, der Wohlwillstraße und im Karoiviertel ausweisen,
- den Lärmschutz in Wohnbereichen des Karoiviertels und St. Paulis verbessern,
- uns dafür einsetzen, dass bei größeren Veranstaltungen wie z.B. beim Public Viewing bei der EM 2008 oder dem Reeperbahnfestival die Reeperbahn für Autos gesperrt wird,
- einen Fahrradstreifen auf der Reeperbahn in Verlängerung des bestehenden kurzen Radweges schaffen,
- erreichen, dass die U-Bahnhaltestelle „Feldstraße“ in „Karolinenviertel“ umbenannt und barrierefrei umgebaut wird, und das dort und in der Haltestelle „St. Pauli“ öffentliche WC-Anlagen eingerichtet werden,

- dass Baugemeinschaften gefördert werden und mehr bezahlbarer Wohnraum für Familien und Singles geschaffen wird,
- dass kleine und bezahlbare Gewerbeeinheiten im Stadtteil erhalten bleiben und neue geschaffen werden und
- die Maßnahmen der kleinen Theater auf der Reeperbahn, sich als „Broadway des Nordens“ darzustellen und somit der Meile einen noch stärkeren Kulturcharakter zu geben, unterstützen.

Wir Grüne sehen die Pläne der CDU-geführten Baubehörde, die Reeperbahn als Entlastung der Stresemannstraße von LKWs zu nutzen, äußerst skeptisch.

### **Veddel & Kleiner Grasbrook**

Wir wollen

- dass in der bestehenden Altentagesstätte ein Angebot für Migrantinnen und Migranten geschaffen wird,
- das Haus der Jugend erweitern oder an einem neuen Standort errichten und dass das bestehende Gebäude als Spielhaus weiter genutzt wird,
- den Abbau des Zollzauns erreichen, als erste Schritte sollen Durchgänge zum Spreehafen geschaffen werden, und
- dass die Hafenschuppen für kulturelle Nutzungen geöffnet werden.

### **Wilhelmsburg**

Wir wollen

- dass LKWs aus den Wilhelmsburger Wohngebieten heraus genommen werden und setzen uns deshalb für Durchfahrtsverbote ein,
- uns für die Verbesserung des Lärmschutzes an Autobahnen und Bundesstraßen (A1, B4, B75) einsetzen,
- uns aktiv um die Sicherstellung der Gesundheitsversorgung kümmern und dabei die Internationale Bauausstellung auch für Gesundheitsprojekte nutzen, z.B. um ein Gesundheitszentrum zu schaffen,
- eine durchgängige Radwegverbindung zwischen Elbtunnel und Reiherstiegviertel,

- keine Containerreparaturfläche in unmittelbarer Nähe des Krankenhauses Groß Sand,
- das Baugemeinschaftsprojekt Schipperort realisieren,
- den Logistikpark Obergeorgswerder stadtteilverträglich gestalten, d.h. ohne zusätzlichen Verkehr durch den Wilhelmsburger Osten, und mit minimalen Lärm- und Lichtemissionen,
- uns dafür einsetzen, dass das denkmalgeschützte Dreistöckerhaus versetzt und als öko-soziales Zentrum entwickelt wird,
- dass ein Agenda-Prozess für den Wilhelmsburger Osten gestartet wird,
- dass der Veringkanal saniert wird und
- dass das Kuby Center kulturell genutzt werden kann und eine Open-Air-Bühne am Reiherstieg geschaffen wird.

---

## Unsere Kandidatinnen und Kandidaten

---

Erstmals gibt es in Hamburg Wahlkreise bei den Bürgerschafts- und Bezirksversammlungswahlen. Unser Bezirk Hamburg-Mitte ist in zwei Wahlkreise aufgeteilt:

- Der Wahlkreis 1 umfasst die Stadtteile Horn, Hamm, Borgfelde, St. Georg, Hammerbrook, Klostertor, Altstadt, Neustadt, HafenCity, St. Pauli und Neuwerk.
- Der Wahlkreis 2 setzt sich aus den Stadtteilen Billstedt, Billbrook, Rothenburgsort, Veddel, Wilhelmsburg, Kleiner Grasbrook, Steinwerder, Waltershof und Finkenwerder zusammen.

### Unsere Bezirksliste

1. Michael Osterburg, (40, Öjendorf, Wirtschaftsingenieur)
2. Jutta Kodzynski, (59, Neustadt, technische Angestellte)
3. Jörg Ebel, (39, St. Pauli, Jurist (mag. jur.))
4. Regina Freuer, (45, St. Georg, Übersetzerin und Studium Medizin)
5. Lothar Knode, (57, Neustadt, Diplom-Sozialpädagoge)
6. Gaby Haynes-Hasanagic, (59, Mümmelmannsberg, Rentnerin)
7. Kai Wilken, (28, St. Georg, Physikstudent)
8. Marion Hartung, (46, Rothenburgsort, wiss. Angestellte)
9. Mathias Bölckow, (39, Wilhelmsburg, Student)
10. Karin Zickendraht, (47, St. Pauli, Germanistin)
11. Rainer Roszak, (48, Wilhelmsburg, Rechtsanwalt)
12. Ingolf Goritz, (48, St. Pauli, Verwaltungsangestellter)
13. Günter Flott, (39, Hamm, Diplom-Politologe)
14. Knud Siggelkow, (46, Rothenburgsort, Industriekaufmann)
15. Ronald Hirte, (51, St. Pauli, Drucker)
16. Dirk Grote, (39, Hamm, Diplom-Wirtschaftsinformatiker)

---

## Wahlkreis 1

---

### **Für die Bezirksversammlung:**

1. Jutta Kodzynski
2. Ingolf Goritz
3. Regina Freuer
4. Lothar Knode
5. Karin Zickendraht
6. Kai Wilken
7. Ronald Hirte

### **Für die Bürgerschaft:**

1. Farid Müller
2. Katharina Fegebank
3. Anne Beeger
4. Kai Wilken
5. Jörg Ebel

---

## Wahlkreis 2

---

### **Für die Bezirksversammlung:**

1. Michael Osterburg
2. Gaby Haynes-Hasanagic
3. Rainer Roszak
4. Marion Hartung
5. Mathias Bölckow
6. Knut Siggelkow

### **Für die Bürgerschaft:**

1. Michael Osterburg
2. Katja Husen
3. Rainer Roszak
4. Jutta Kodzynski
5. Mathias Bölckow

---

# Informationen der GAL Mitte

---

## Kontakt

Sie erreichen uns in der Landesgeschäftsstelle der GAL Hamburg in der Curienstraße 1 in 20095 Hamburg.

Unsere Geschäftszeiten sind Montag bis Donnerstag: 10 bis 13 Uhr und 15 bis 17 Uhr.

Telefon: 040 - 399 252 50

Telefax: 040 - 399 252 99

Email: [info@gal-mitte.de](mailto:info@gal-mitte.de)

Internet: <http://www.gal-mitte.de>

Spendenkonto: Konto-Nummer 1280 / 149 111

bei der Hamburger Sparkasse, BLZ 200 505 50